



Rathaus Umschau

Donnerstag, 2. Februar 2012

Ausgabe 023

muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise	2
Bürgerangelegenheiten	3
Meldungen	3
› Bayernkaserne im Dialog: Stadt geht neue Wege der Öffentlichkeitsbeteiligung	3
› Vortrag „Wie will ich wohnen, wenn ich älter werde?“	4
› Schäfflertanz im Münchner Stadtmuseum	5
› Bauzentrum: Vortrag über Kaufnebenkosten von Immobilien	5
› Fotos von Richard Berndt in der Stadtbibliothek Laim	6
Antworten auf Stadtratsanfragen	7
› Linksextremismus in München	7
Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat	9



Terminhinweise

Wiederholung

Freitag, 3. Februar, 10 Uhr,

Referat für Bildung und Sport, Raum 038/039, Bayerstraße 28

Stadtschulrat Rainer Schweppe und Dr. Susanne Herrmann, Leiterin der Fachabteilung KITA im Referat für Bildung und Sport, eröffnen die Abschlussveranstaltung des Forschungsprojekts „Klettern in Kitas – Förderung von Bildung und Bewegung in Kindertageseinrichtungen in München und Bayreuth“. Das Projekt wurde in Kooperation mit dem Institut für Sportwissenschaft III der Universität Bayreuth an städtischen Kindertageseinrichtungen durchgeführt. Professorin Dr. Ulrike Ungerer-Röhrich von der Universität Bayreuth stellt die Forschungsergebnisse der wissenschaftlichen Untersuchung vor.

Freitag, 3. Februar, 20 Uhr, Muffathalle, Zellstraße 4

Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers spricht bei der „ACT Jubilee Night“, anlässlich des vor 20 Jahren von Siggie Loch in München gegründeten Jazzlabels „ACT“. Ein international besetztes Ensemble langjähriger musikalischer Wegbegleiter unter Leitung des Posaunisten Nils Landgren gestaltet das Jubiläums-Konzert. Labelchef Siggie Loch wird die Künstlerinnen und Künstler vorstellen. Karten sind für 35 bis 49 Euro im Vorverkauf und an der Abendkasse erhältlich. Nähere Infos unter www.muffatwerk.de. Weitere sechs Konzerte anlässlich des Jubiläums finden vom 7. bis 12. Februar im Jazzclub Unterfahrt statt (www.unterfahrt.de).

Dienstag, 7. Februar, 11 Uhr, Grütznerstube im Rathaus

Pressegespräch mit Bürgermeisterin Christine Strobl und Stadtschulrat Rainer Schweppe zu den Ergebnissen aus der diesjährigen Elternbefragung. Die Umfrage wird alljährlich vom Referat für Bildung und Sport bei denjenigen Eltern durchgeführt, deren Kinder im Herbst in die Schule kommen. Die Ergebnisse dienen als Planungsgrundlage für die Nachmittags- und Ganztagsangebote an Grundschulen, Horten und Tagesheimen.

Dienstag, 7. Februar, 11 Uhr, Stadteilladen, Karl-Preis-Platz 4

Joachim Lorenz, Referent für Gesundheit und Umwelt, stellt gemeinsam mit Eva Bruns vom Büro für Stadtentwicklung (Projektleitung Soziale Stadt) den von der DAK-Gesundheit und der Techniker Krankenkasse (TK) finanzierten Gesundheitswegweiser für das Stadtviertel Berg am Laim/Ramerdorf vor. Der Gesundheitswegweiser richtet sich an Bürgerinnen



und Bürger, die sich rund um die gesundheitlichen Angebote im Viertel informieren wollen. Des Weiteren sprechen Gerhard Ebermeyer, Leiter der Kundenberatung der DAK-Gesundheit München, und Kathrin Heydebreck, Sprecherin der TK in Bayern.

Bürgerangelegenheiten

Donnerstag, 9. Februar, 15.30 Uhr, Sitzungsraum der BA-Geschäftsstelle Süd, 4. Stock, Implerstraße 9 (barrierefrei)

Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 6 (Sendling) mit dem Vorsitzenden Markus Lutz.

Meldungen

Bayernkaserne im Dialog:

Stadt geht neue Wege der Öffentlichkeitsbeteiligung

(2.2.2012) Das Gelände der ehemaligen Bayernkaserne in Freimann soll neu überplant werden. Im Rahmen einer sehr frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung bietet die Stadt am 6. und 11. Februar auf dem alten Kasernengelände interessierten Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, sich über die Planung des neuen Stadtquartiers zu informieren und mit zu diskutieren.

Ein neues Wohngebiet entsteht auf dem ehemaligen Gelände der Bayernkaserne in Freimann. Auf 48 Hektar sollen bis zu 3.000 Wohnungen sowie Schulen, Kindergärten, Geschäfte, Plätze, Grünflächen, Fuß- und Radwege entwickelt werden.

Mitte 2012 soll deshalb ein städtebaulicher und landschaftsplanerischer Wettbewerb ausgelobt werden. Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung der Landeshauptstadt München geht hier im Bereich der Öffentlichkeitsbeteiligung neue Wege und wirbt um interessierte Münchenerinnen und Münchener mit den Worten „Mitdenken, mitreden, mitplanen“ und bietet diesen die Möglichkeit, an zwei ersten Veranstaltungen am Planungsprozess teilzunehmen.

- So informieren Stadtbaurätin Professorin Dr. (I) Elisabeth Merk und der kommissarische Leiter des Kommunalreferats Axel Markwardt am Montag, 6. Februar, von 19 bis 21 Uhr beim „Aufaktgespräch Bayernkaserne“ im ehemaligen Unteroffiziersheim auf dem Kasernenareal

(Zufahrt über Haupteingang Bayernkaserne, Heidemannstraße) die Bürgerinnen und Bürger über das Gelände der ehemaligen Bayernkaserne, die vom Stadtrat gesetzten Rahmenbedingungen, die mögliche Verkehrserschließung, den anschließenden Wettbewerb und die Öffentlichkeitsbeteiligung. An diesem Termin hat die Bürgerschaft die Möglichkeit, erste Erwartungen und Ideen für die neue Nachbarschaft mit der ehemaligen Kaserne zu formulieren.

- Am 11. Februar von 10 bis 17 Uhr, ebenfalls im ehemaligen Unteroffiziersheim, entwickeln dann, aufbauend auf den Ergebnissen des Auftaktgespräches, interessierte Münchnerinnen und Münchner gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern des Bezirksausschusses, nach Anmeldung zum „Werkstattgespräch Bayernkaserne“, Vorschläge und Empfehlungen für das weitere Vorgehen, die in den Auslobungstext des Städtebaulichen Wettbewerbs einfließen können. Mit dabei sind unterstützend Vertreterinnen und Vertreter aus der Stadtverwaltung und weiteren Behörden und Institutionen zu den jeweiligen Themen.

Damit bietet die Landeshauptstadt die Chance der sehr frühzeitigen und erweiterten Öffentlichkeitsbeteiligung, die in dieser Form erstmals durchgeführt wird.

Eintragungen für die Teilnahme am Werkstattgespräch sind beim Auftaktgespräch am 6. Februar möglich oder beim von der Stadt beauftragten Moderationsteam von citycom, Telefon 1 41 75 11, Fax 1 41 65 33, E-Mail: info@citycom-muenchen.de.

Vortrag „Wie will ich wohnen, wenn ich älter werde?“

(2.2.2012) Verschiedene Möglichkeiten, auch im Alter selbstbestimmt zu wohnen, stellt die Sozialwissenschaftlerin und Sozialplanerin Gerlinde Gottlieb vom Verein Urbanes Wohnen am Mittwoch, 8. Februar, ab 19 Uhr in der Münchner Volkshochschule West (Bäckerstraße 14) vor. Im Anschluss an ihren Vortrag steht die Expertin den Zuhörerinnen und Zuhörern Rede und Antwort. Der Eintritt für den in Kooperation mit dem Bauzentrum München organisierten Infoabend ist kostenlos.

Spätestens wenn Familienangehörige älter werden und plötzlich Unterstützung brauchen, stellen sich viele die Frage: Wie will ich wohnen, wenn ich älter werde? Ein Schritt zur eigenen Vorsorge ist, sich rechtzeitig über die verschiedenen Wohnmöglichkeiten zu informieren und so herauszufinden, welche Wohnform den eigenen Vorstellungen und Lebensgewohnheiten entspricht. Dabei spielen Antworten auf die folgenden Fragen eine entscheidende Rolle: Wie kann ich möglichst lange selbstbestimmt und selbstständig leben und im Notfall die entsprechende Unterstützung bekommen? Was kann ich von den verschiedenen Formen des „betreuten“



Wohnens erwarten und worauf sollte ich bei der Auswahl achten? Wäre eine Wohngemeinschaft zusammen mit Freunden oder eine Hausgemeinschaft für mich eine Alternative? Welche innovative Modelle gibt es sonst noch? Gerlinde Gottlieb stellt die breite Palette der unterschiedlichen innovativen Wohnformen vor und gibt weiterführende Informationen rund ums Wohnen im Alter.

Die Münchner Volkshochschule bietet in Kooperation mit dem Bauzentrum München eine Vortragsreihe mit dem Themenschwerpunkt „Bauen, Wohnen und Sanieren“ an. Die Dozentinnen und Dozenten sind Baufachleute und meistens Mitglieder des ehrenamtlichen Beratungsteams im Bauzentrum München.

Schäfflertanz im Münchner Stadtmuseum

(2.2.2012) Am Dienstag, 7. Februar, tanzen die Schäffler um 15 Uhr traditionsgemäß im Hof des Münchner Stadtmuseums, St.-Jakobs-Platz 1, da dort die Schätze zur Geschichte der Zunft und ihres berühmten Tanzes verwahrt werden. In der Dauerausstellung „Typisch München!“ im Münchner Stadtmuseum wird die Zunftlade von 1765 sowie ein Kostüm vom Tanzjahr 1956 gezeigt. Eine Kuriosität sind die Schäfflerfiguren, die sich 1866 auf der kleinen Bühne des Münchner Marionettentheaters von Papa Schmid gedreht haben.

Bauzentrum: Vortrag über Kaufnebenkosten von Immobilien

(2.2.2012) Wer eine Immobilie oder ein Grundstück kauft, muss mit Kaufnebenkosten wie beispielsweise Notarkosten, Grunderwerbssteuer oder Maklerprovision rechnen. Doch selbst dann kommen im Laufe der Jahre meist weitere Kosten auf Besitzerinnen und Besitzer zu, denn Heizung, Dach oder Fenster haben jeweils eine unterschiedliche Lebensdauer. Wie diese eingeschätzt wird und was voraussichtlich in ein Objekt investiert werden muss, erklärt Betriebswirt Bernd Schwarz am Dienstag, 7. Februar, im Bauzentrum München. Der Vortrag beginnt um 18 Uhr, der Eintritt ist frei.

Das Bauzentrum München befindet sich in der Messestadt Riem an der Willy-Brandt-Allee 10 (U2, Haltestelle Messestadt West, von dort nur fünf Gehminuten; mit der S2 bis Haltestelle Riem, dort umsteigen in Bus 190 bis Messestadt West; mit dem Auto über die A94, Ausfahrt München-Riemoder Feldkirchen-West, Parkhaus direkt hinter dem Bauzentrum München). Internet: www.muenchen.de/bauzentrum, Telefon 54 63 66-0, E-Mail: bauzentrum.rgu@muenchen.de.



Fotos von Richard Berndt in der Stadtbibliothek Laim

(2.2.2012) Münchner Postkartenmotive sind weltweit bekannt. Betrachtet man sie aber aus einer ungewöhnlichen Perspektive, dann entwickeln auch vertraute Gebäude einen unbekannteren, ganz eigenen Reiz. Unter dem Titel „München – ungewohnte Perspektiven“ zeigt die Stadtbibliothek Laim München-Ansichten von Richard Berndt – ein ästhetisches Vergnügen und ein Ratespaß für München-Kenner. Richard Berndt, ambitionierter Hobbyfotograf, lässt Vertrautes neu entdecken und lädt gleichzeitig zum Raten ein. Die Schwarz-Weiß-Fotografien entstanden auf ausgedehnten Spaziergängen. Dabei achtete der Fotograf nicht nur auf einen jeweils besonderen Blickwinkel, sondern auch auf die Wirkung von Licht und Schatten. Richard Berndt ist seit 1981 Gymnasiallehrer für Geografie, Wirtschaft und Recht in München und beschäftigt sich seit seiner Jugend mit der Fotografie. Die Ausstellung ist vom 7. Februar bis 26. März in der Stadtbibliothek Laim, Fürstenrieder Straße 53, Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 10 bis 19 Uhr, Mittwoch von 14 bis 19 Uhr, kostenlos zu besichtigen. Bei der Vernissage am Dienstag, 7. Februar, um 19.30 Uhr ist der Fotograf anwesend. Der Eintritt ist frei. Nähere Informationen unter Telefon 1 27 37 33-0.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Donnerstag, 2. Februar 2012

Linksextremismus in München

Anfrage Stadträte Hans Podiuk und Josef Schmid (CSU) vom 8.8.2011

Antwort Sozialreferentin Brigitte Meier:

In Ihrer Anfrage vom 08.08.2011 führen Sie Folgendes aus:

„Anlässlich der Präsentation des Verfassungsschutzberichtes des Innenministeriums für das 1. Halbjahr ging Staatsminister Joachim Herrmann insbesondere auf die rasante Entwicklung des Internets und seine enorme Bedeutung für alle Arten von Extremisten ein.

Er wies darauf hin, dass die Linksextremisten das weltweite Netz – offensichtlich inzwischen auch als Vorbild für Rechtsextremisten – hochprofessionell nutzen.

Dabei wurde auch Kritik an der Förderung des Kafe Marat geübt, das auf verschiedenen linksextremistischen Internetseiten als ‚autonomer Freiraum in München‘ beworben wird.“

Zu Ihrer Anfrage vom 08.08.2011 nimmt das Sozialreferat im Auftrag des Herrn Oberbürgermeisters im Einzelnen wie folgt Stellung:

Frage 1:

Welche Konsequenzen zieht die Stadt hinsichtlich des Kafe Marat aufgrund der Ausführungen im Verfassungsschutzbericht?

Antwort:

Mit Datum vom 05.09.2011 hat das Landesamt für Verfassungsschutz der Landeshauptstadt München auf Anforderung eine Stellungnahme zukommen lassen, welche eingangs deutlich klarstellt, dass es sich bei der gegenständlichen Einrichtung „nicht um ein Beobachtungsobjekt des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz handelt“. Lediglich Einzelpersonen bzw. einzelne Gruppen, die dort verkehrten, stünden unter Beobachtung. Ansonsten enthält die Stellungnahme lediglich öffentlich zugängliche und bereits bekannte Informationen.



Auch aus dem Antwortschreiben vom 31.10.2011 des Innenministers Joachim Herrmann an Oberbürgermeister Christian Ude ergaben sich keine weiteren Anhaltspunkte, um außerordentliche Konsequenzen ziehen zu müssen.

Ergänzend teilen wir Ihnen mit, dass die Landeshauptstadt München kein „Kafe Marat“ fördert. Den Zuschuss erhält die Einrichtung „Zeit, Schlacht und Raum – Verein für Kultur im Schlachthof e.V.“ Im Übrigen möchte ich Sie auf den Beschluss des Sozialausschusses vom 29.11.2011 sowie auf den Beschluss der Vollversammlung des Münchner Stadtrates vom 14.12.2011 zu Ihrem Antrag „Konsequent auch gegen linken Extremismus“ verweisen.

Frage 2:

Plant die Stadt weiterhin, diese linksextremistischen Aktionen nicht nur nicht zu bekämpfen, sondern weiterhin mit Steuermitteln zu unterstützen?

Antwort:

Die Landeshauptstadt München unterstützt mit ihrem Zuschuss keine extremistischen Aktionen. Im Rahmen der fachlichen Steuerung finden regelmäßig – wie mit allen Einrichtungen – Gespräche von Seiten des Stadtjugendamtes München mit dem Vorstand des Vereins statt. Alle Zuschussnehmerinnen und Zuschussnehmer der Landeshauptstadt München werden außerdem regelmäßig im Rahmen des jährlichen Bescheides an die Einrichtung zur politischen und weltanschaulichen Offenheit sowie zur Toleranz gegenüber Andersdenkenden verpflichtet.

Ergänzend dazu wird das Sozialreferat im nächsten Zuwendungsbescheid eine am Wortlaut des § 74 Abs. 1 Nr. 5 SGB VIII orientierte zusätzliche Nebenbestimmung erlassen, die verlangt, dass der Vorstand von „Zeit, Schlacht und Raum – Verein für Kultur im Schlachthof e.V.“ die Gewähr für eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit bietet bzw. dass sicherzustellen ist, dass eine Vornahme oder Duldung von strafbaren Handlungen oder Ordnungswidrigkeiten im Verantwortungsbereich des Trägers ausgeschlossen wird.

Des Weiteren möchte ich Sie auch an dieser Stelle noch einmal auf den Beschluss des Sozialausschusses vom 29.11.2011 sowie auf den Beschluss der Vollversammlung des Münchner Stadtrates vom 14.12.2011 zu Ihrem Antrag „Konsequent auch gegen linken Extremismus“ verweisen.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Donnerstag, 2. Februar 2012

Erweiterte Kriterien bei der Auswahl von Trägern in der Kinder- und Jugendhilfe und bei Nachbarschafts- bzw. Bewohnertreffs an Standorten mit besonderem Handlungsbedarf

Antrag Stadtrats-Mitglieder Verena Dietl, Christian Müller, Dr. Constanze Söllner-Schaar (SPD) und Stadtrats-Mitglieder Siegfried Benker, Gülseren Demirel, Jutta Koller (Bündnis 90/ Die Grünen)

Der Drogentod einer 11-jährigen Schülerin wirft Fragen auf Anfrage Stadtrat Marian Offman (CSU)

Inklusion: Keine Barrieren in Kinderköpfen entstehen lassen Antrag Stadträtin Elisabeth Schmucker (CSU)

Inklusion: Gemeinsames Bauprojekt von Erwachsenen mit und ohne Behinderung Antrag Stadträtin Elisabeth Schmucker (CSU)

Fragen zur Tram in München

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Dr. med. Otto Bertermann, Dr. Jörg Hoffmann, Dr. Michael Mattar, Gabriele Neff und Christa Stock (FDP)

Gefahrenstellen durch separate Busspuren in der Straßenmitte Anfrage Stadtrat Richard Progl (Bayernpartei)

SPD - Stadtratsfraktion Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – rosa liste

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

Christian Müller
Dr. Constanze Söllner-
Schaar
Verena Dietl
Stadtratsmitglieder

Siegfried Benker
Gülseren Demirel
Jutta Koller

Stadtratsmitglieder

02.02.2012

Erweiterte Kriterien bei der Auswahl von Trägern in der Kinder- und Jugendhilfe und bei Nachbarschafts- bzw. Bewohnertreffs an Standorten mit besonderem Handlungsbedarf

Antrag:

Die Stadtverwaltung wird gebeten, künftig bei der Ausschreibung von Trägerschaften im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe sowie bei Nachbarschafts- und Bewohnertreffs an Standorten mit besonderem Handlungsbedarf die Auswahlkriterien zu erweitern. Als relevante Kriterien sind bei Regionen mit besonderem Handlungsbedarf die folgenden Aspekte in der Vergabe von Punkten verstärkt zu berücksichtigen:

- regionale Verankerung vor Ort
- Vernetzung im Stadtteil und Nutzung von Synergien
- bereits geleistete Vorarbeit

In einem entsprechend erweiterten Auswahlverfahren ist jedoch zu beachten, dass es insgesamt weiterhin bei der gewünschten Trägervielfalt bleibt.

Begründung:

Bei der nach bestimmten Kriterien festgelegten Vergabe von Punktzahlen wurde bislang die regionale Verankerung und die bereits geleistete Vorarbeit und Vernetzung am Standort zu wenig berücksichtigt. Genau diese Aspekte sind aber an Standorten mit besonderem Handlungsbedarf besonders wichtig für die Qualität der Kinder- und Jugendarbeit und das Gelingen der Nachbarschafts- und Bewohnertreffs.

Gerade an Standorten mit besonderem Handlungsbedarf können regionale Faktoren eine große Rolle spielen. Der Spielraum für die Träger-Auswahl soll durch die Aufnahme neuer Kriterien erweitert und so gewährleistet werden, dass für die einzelnen Standorte passende und regional gut verankerte Träger mit großer Akzeptanz vor Ort gefunden werden können. Gleichzeitig soll die Trägervielfalt in München erhalten bleiben.

gez.

Christian Müller
Dr. Constanze Söllner-Schaar
Verena Dietl
Stadtratsmitglieder

gez.

Siegfried Benker
Gülseren Demirel
Jutta Koller
Stadtratsmitglieder



Marian Offman

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANFRAGE
02.02.12

Der Drogentod einer 11-jährigen Schülerin wirft Fragen auf

Wie die Medien unlängst berichteten, ist eine elf Jahre alte Hamburger Schülerin am 16. Januar dieses Jahres an den Folgen einer Methadon-Vergiftung gestorben. Das Kind lebte in einer Pflegefamilie und nunmehr wurde bekannt, dass die Pflegeeltern seit Jahren heroinabhängig waren und mit Methadon behandelt wurden. Obwohl die Eltern angeblich engmaschig betreut wurden, wollen die Behörden nichts von der Drogenabhängigkeit der Pflegefamilie gewusst haben.

Der Tod der kleinen Chantal verpflichtet uns, alles menschlich Erdenkliche zu unternehmen, um ein tragisches Schicksal wie dieses für München so gut wie möglich auszuschließen.

Angesichts des tragischen Ereignisses scheint die nachfolgende Fragestellung wichtig, gerade auch deshalb, um die hohe Bedeutung und Qualität der Kinderbetreuung bei Pflegeeltern zu unterstreichen und um ein möglicherweise falsches Bild wegen inakzeptabler Einzelfälle abzuwenden.

Ich frage daher den Oberbürgermeister:

1. Ist nach aktueller Praxis in München Drogenkonsum bzw. eine nachfolgende Therapie ein prinzipieller Ausschlussgrund für die Erteilung einer Pflegeerlaubnis?
2. Wenn ja, wie erfolgt bei Verdacht auf Drogenkonsum die Überprüfung und was wird unter Drogen subsumiert?
3. Unter welchen Voraussetzungen werden möglicherweise turnusmäßige Kontrollen durchgeführt?
4. Wird von Pflegeeltern, wie in der Jugendhilfe üblich, ein erweitertes Führungszeugnis vorgelegt?

gez.
Marian Offman
Stadtrat



Elisabeth Schmucker

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANTRAG
02.02.12

Inklusion: Keine Barrieren in Kinderköpfen entstehen lassen

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Behindertenbeirat der Landeshauptstadt München geht mit eigenen Mitgliedern und ehrenamtlichen Helfern aus Behindertenverbänden in Kindergärten, Horte, Grund-, Mittelschulen und Gymnasien bis zur 9. Klasse. Dort lassen sie Kinder gemeinsam mit ihnen selbst erleben, wie es ist, im Rollstuhl zu sitzen, blind zu sein, nur mit einem Arm zu essen, mit einem Bein zu laufen, in dem die Kinder stundenlang ihren Tätigkeiten im Rollstuhl nachgehen, sich in einem abgedunkelten Raum zurecht finden, nur einen Arm, ein Bein benutzen dürfen.

Begründung:

Inklusion muss im Kindesalter beginnen.

Kleine und auch größere Kinder bis ins Jugendalter hinein sind vermeintlich Andersartigem gegenüber grausam und ablehnend. Wenn sich erst Ablehnung, eventuell auch Angst vor Behinderung gefestigt haben, ist es sehr schwierig, diese als Erwachsene abzubauen.

Wenn Kinder aber ein Zusammensein mit Behinderten auf deren Ebene erleben, werden sie feststellen, dass Behinderte genauso „normal“ sind wie sie selbst und dies wird verhindern, dass Barrieren Behinderten und Behinderungen gegenüber in ihren Köpfen entstehen.

Auf diese Weise bleibt Inklusion kein leeres Wort.

gez.
Elisabeth Schmucker
Stadträtin



Elisabeth Schmucker

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANTRAG
02.02.12

**Inklusion:
Gemeinsames Bauprojekt von Erwachsenen mit und ohne Behinderung**

Der Stadtrat möge beschließen:

Erwachsene mit und ohne Behinderung bauen gemeinsam ein städtisches Projekt.

Begründung:

Inklusion soll praktisch anhand eines gemeinsamen Bauens eines städtischen Projektes umgesetzt werden.

Erwachsene ohne Behinderung werden dabei eventuell erworbene Vorbehalte, Ängste und Vorurteile Behinderten gegenüber abbauen und tagtäglich erleben, dass Behinderte genauso „normal“ sind wie sie selbst, dass Behinderung kein Leben in Leid beinhaltet und Leistung unmöglich macht.

Auf diese Weise werden bei Erwachsenen Barrieren abgebaut und der Begriff Inklusion aus der Menschenrechtskonvention wird mit Inhalt und Leben erfüllt.

gez.
Elisabeth Schmucker
Stadträtin



Dr. Michael Mattar - Gabriele Neff - Christa Stock - Dr. Jörg Hoffmann - Dr. Otto Bertermann
MITGLIEDER IM STADTRAT DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

02.02.2012

Schriftliche Anfrage Fragen zur Tram in München

Der Ausbau der Straßenbahn in München wird vorangetrieben. Zweifel bestehen aber immer wieder bei den Streckenführungen und dem Konzept.

In anderen Städten werden größere Straßenbahnen eingesetzt. Breiteren Raum nehmen auch die Abstände der Gleise ein. So beträgt die Fahrzeugbreite in München historisch bedingt nur 2,30 Meter, obwohl der Höchstwert gemäß § 34 Abs. 3 Nr. 1a BOStrab (Bau- und Betriebsordnung für Straßenbahnen, letzte Änderung vom 11.12.1987) bei 2,65 Meter liegt. Trotzdem wird bei Streckenneubauten oder Sanierungen in München eine Fahrzeugbreite von nur 2,30 Meter berücksichtigt. Die Länge der Straßenbahnen in anderen Städten beträgt 42 Meter (Augsburg: „Combino“), bis 54 Meter (Budapest: „Combino Plus“). In München werden dagegen immer noch relativ kleine Straßenbahnen (27 bis 37 Meter Länge) eingesetzt. Auch die neue Variobahn der Baureihe S1 ist mit 34 Meter sogar kürzer als die ab 1999 beschafften Züge der Baureihe R3.

Die bei der Genehmigung der Variobahn aufgetretenen Probleme führten zu einem kostspieligen Schildbürgerstreich, für den keiner verantwortlich sein wollte und der eine Lehre für die Zukunft darstellen sollte.

Wir fragen den Oberbürgermeister:

1. Warum wird auch bei Sanierungen und Neubaustrecken nur die bisherige Breite von Straßenbahnfahrzeugen berücksichtigt und nicht der gesetzliche Höchstwert von 2,65 Meter gemäß § 34 Abs. 3 Nr. 1a BOStrab (1987) ausgenutzt? Wurde bzw. wo wurde die Breite von 2,65 Meter bereits im Münchner Straßenbahnnetz realisiert?
2. Warum wird bei den Neubeschaffungen seit 1990 (Niederflurfahrzeuge R1, R2, R3, S 1) nicht die Breite der älteren Straßenbahnbaureihe P von immerhin 2,35 Meter ausgenutzt?
3. Wie stellt sich der aktuelle Bestand zum 01.02.2012 der Münchner Straßenbahnen dar, das heißt wie viele Straßenbahnen der Baureihen R2 („Dreiteiler“), R3 („Vierteiler“) und S1 („Fünfteiler“) stehen zur Verfügung und wann werden die letzten der alten Straßenbahnen der Baureihe P aus dem Regelbetrieb genommen?

4. Warum ist auch künftig nicht geplant, längere Straßenbahnen anzuschaffen und einzusetzen?
5. Auf welchen Strecken und an welchen Haltestellen käme es zu Problemen, wenn 42 Meter oder 45 Meter lange Straßenbahnen eingesetzt würden?
6. Welche Haltestellen entlang der Linien 20/21 und separat der Verbindungsstrecken zwischen den Linien 20/21 und dem Betriebshof im Münchner Osten müssten für 42 Meter beziehungsweise für 45 Meter lange Straßenbahnen verlängert werden und welcher Kostenaufwand wird für beide Maßnahmen seitens der Stadtwerke geschätzt?
7. Für welche Straßenbahnstrecken liegt die Genehmigung für die Variobahn zum 01.02.2012 vor?
8. Wenn Strecken für die Variobahn ausgenommen worden sind: worin liegt der Grund und besteht die Absicht die Genehmigung nachzuholen?
9. Bestehen Pläne, bei der Umgestaltung des Bahnhofvorplatzes ein drittes Straßenbahngleis zu errichten?
Bis wann soll dieses mit welchen Kosten realisiert werden und welchen Fahrbeziehungen soll dieses dann dienen?

Gez.
Dr. Michael Mattar
Fraktionsvorsitzender

Gez.
Gabriele Neff
Stellv. Fraktionsvorsitzende

Gez.
Dr. Jörg Hoffmann
Stellv. Fraktionsvorsitzender

Gez.
Christa Stock
Ea. Stadträtin

Gez.
Dr. med. Otto Bertermann
Ea. Stadtrat

Richard Progl

Stadtrat in München



An Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
- oder Vertreter im Amt -

1. Februar 2012

Anfrage: Gefahrenstellen durch separate Busspuren in der Straßenmitte

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

separate Busspuren, die in der Straßenmitte verlaufen, bergen erhebliche Gefahren für die Verkehrssicherheit. Besonders gefährlich ist es immer an solchen Stellen, an denen die Busfahrer - z. B. aus der Busspur heraus - wieder nach rechts in den fließenden Verkehr einfädeln müssen. Busfahrer berichten davon, dass sie dabei Auto- und insbesondere Fahrradfahrer häufig wegen des „toten Winkels“ schlicht übersehen.

Ich frage dazu den Herrn Oberbürgermeister:

1. An welchen Stellen ist eine solche Problematik bekannt?
2. Wie viele Verkehrsunfälle zwischen Bussen und anderen Verkehrsteilnehmern wurden durch eine solche Verkehrsführung in den vergangenen fünf Jahren mitverursacht?
3. Worin bestand dabei das genaue Gefahrenpotential?
4. Welche Vorkehrungen wurden bisher zur Entschärfung solcher Situationen durch die Landeshauptstadt München getroffen?
5. Welche weiteren Maßnahmen könnten dazu führen, künftige Kollisionen an solchen Stellen zu mindern?
6. Inwiefern könnten solche Gefahrensituationen durch die Verlegung der Busspur von der Straßenmitte auf die jeweils rechte Fahrbahn (vgl. Fürstenrieder Straße) vermieden werden?

Für die Beantwortung dieser Fragen bedanke ich mich bereits jetzt.

Richard Progl
ehrenamtlicher Stadtrat